Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christian Hierneis

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Marina Jakob

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Florian Köhler

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökologischen Hochwasserschutz endlich voranbringen (Drs. 19/1815)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Christian Hierneis.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Hochwasser Ende Mai, Anfang Juni hat gezeigt, dass Bayern beim Hochwasserschutz massiven Nachholbedarf hat, und zwar insbesondere beim natürlichen Hochwasserschutz. Leider konzentriert sich die Staatsregierung immer noch viel zu sehr auf den technischen Hochwasserschutz. Klar, den brauchen wir auch. Aber Polder oder Dämme können eben immer nur punktuell schützen, sie helfen nicht flächendeckend. Deshalb werden wir nicht müde zu betonen, dass es mehr natürlichen Hochwasserschutz braucht.

(Martin Wagle (CSU): Den machen wir auch!)

Natürlicher Hochwasserschutz kann dafür sorgen, dass das Wasser gar nicht erst in die Bäche und Flüsse läuft, die dann zu reißenden Fluten werden und auf ihrem Weg quer durch Bayern eine Kommune nach der anderen überschwemmen und massive Schäden anrichten. Wenn das Wasser schon in den Fließgewässern ist, können wir mit ökologischen Maßnahmen dafür sorgen, dass das Wasser langsamer abfließt und, wo immer möglich, Retentionsräume hat.

Deshalb fordern wir, die Funktion der Auen als natürliche Überschwemmungsgebiete wiederherzustellen und die Renaturierung der Flüsse und Bäche voranzutreiben, Dämme zurückzuverlegen und geplante Flussbaumaßnahmen an allen bayerischen

Flüssen am natürlichen Hochwasserschutz auszurichten, mehr Moore zu renaturieren und Entwässerungsgräben in Feuchtwiesen zurückzubauen, die Speicherfähigkeit der Böden zu erhöhen, Flächen zum natürlichen Hochwasserrückhalt auszuweisen und bei kommunalen Planungen in potenziellen Überschwemmungsgebieten mit Nachdruck auf die Kommunen einzuwirken, diese Gebiete von Bebauung freizuhalten, was leider noch viel zu selten passiert, und für den natürlichen Hochwasserrückhalt umzugestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles würde helfen, Hochwasserkatastrophen, wie sie Ende Mai und Anfang Juni stattgefunden haben, deutlich abzumildern. Was tut die Staatsregierung? – Von den 4 Milliarden Euro, die bisher in den Hochwasserschutz geflossen sind, wurden gerade einmal 9 % in den natürlichen Hochwasserschutz investiert. Das ist viel zu wenig. Für Gewässer 3. Ordnung, für deren Unterhalt und Hochwasserschutzmaßnahmen die Kommunen zuständig sind, die aber kein Geld mehr haben, in denen die Hochwässer aber ihren Ursprung haben, gibt die Staatsregierung jedes Jahr nur 14 Millionen Euro aus. Das sind gerade einmal 7 % der Gesamtausgaben für den Hochwasserschutz. Das ist viel zu wenig. Die Hochwässer in diesem Jahr haben insbesondere diese Gewässer betroffen.

Die Staatsregierung fokussiert sich massiv auf Flutpolder. Eine Milliarde Euro Steuergeld für den Hochwasserschutz werden für Flutpolder ausgegeben, mit denen gerade einmal 1,6 % der Fläche und 1,2 % der Menschen geschützt werden, wenn alles hinterhaut; denn geöffnet wird ein Polder nur bei einem Extremereignis, das über das 100-jährliche Hochwasser hinausgeht. Bei allen anderen Hochwassern bleibt er funktionslos.

Natürlicher Hochwasserschutz unterscheidet dagegen nicht zwischen einem normalen und einem extremen Hochwasser. Er hält das Wasser immer zurück. Er sorgt dafür, dass das Wasser in der Landschaft bleibt und nicht in die Flüsse fließt oder dann in

Retentionsräumen bleibt. Je mehr natürlichen Hochwasserschutz wir haben, desto weniger technischen brauchen wir. So können wir mit dem gleichen Geld viel mehr Fläche schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den vom Hochwasser betroffenen Kommunen an Mindel, Kammel, Günz, Zusam, Schmitter, Glonn, Paar und Ilm helfen die großen Donaupolder gar nicht. Wenn wir das Wasser in der Fläche halten, dann haben wir auch Reserven für Trockenperioden. Ja, wir brauchen beides: natürlichen und technischen Hochwasserschutz. Aber bitte gleichberechtigt und mit gleich viel Geld ausgestattet. Das wäre sinnvoller Hochwasserschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Andrea Behr für die CSU-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der GRÜNEN unter dem Titel "Ökologischen Hochwasserschutz endlich voranbringen". – Schon allein dieser Titel ist irreführend; denn Sie unterstellen, dass der Hochwasserschutz bebauter Gebiete durch ökologische Maßnahmen allein erreicht werden könnte. Dies ist nicht bzw. allenfalls in Kombination mit technischen Hochwasserschutzmaßnahmen möglich. Wir liegen inhaltlich gar nicht so weit auseinander; denn die von Ihnen geforderten Maßnahmen werden bereits vom Freistaat veranlasst, wo immer das geht.

Dazu ist hervorzuheben, dass die Staatsregierung im Aktionsprogramm "PRO Gewässer 2030" bereits auf einen umfassenden Ansatz des Hochwasserrisikomanagements, bestehend aus Vorsorge, natürlichem Rückhalt und technischem Hochwasserschutz, setzt. Technisch und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen des natürlichen Rückhalts

einschließlich der Reaktivierung natürlicher Rückhalteräume durch Deichrückverlegungen sind dabei Bestandteil jeder staatlichen Hochwasserschutzplanung und werden derzeit zum Beispiel im Rahmen des Hochwasserschutzes an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen umgesetzt.

Auch dem geforderten Erhalt natürlicher Rückhalteflächen zur wirksamen Schadensprävention wird mit der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten bereits umfassend Rechnung getragen. Im Zuständigkeitsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz werden die vorgeschlagenen Maßnahmen durch die örtlich zuständigen Wasserwirtschaftsämter bereits jetzt umfänglich berücksichtigt. Sie wollen wieder ein Bürokratiemonster schaffen. Der weitere Ausbau des Hochwasserschutzes lässt sich doch durch eine Aufstockung des Personals der Wasserwirtschaftsämter allein nicht beschleunigen. Die aktuell gebotene zeitliche Streckung beim Ausbau des Hochwasserschutzes ist insbesondere der Inflation bzw. den gestiegenen Baukosten in Verbindung mit vorhandenen Limitationen des Staatshaushalts bzw. der Kommunalhaushalte geschuldet.

Zudem möchte ich auch an einzelne Petitionen erinnern, mit denen sich die Petenten an uns wenden und sich über Mandatsträger der GRÜNEN beschweren, die nämlich diesen natürlichen Hochwasserschutz torpediert und einer Bebauung zugestimmt haben, wodurch die Anlieger wiederum von Hochwasser geplagt wurden. Kehren Sie bitte zuerst vor Ihrer eigenen Tür, bevor Sie andere mit Dreck beschmeißen. Bei uns in Bayern läuft es mit dem Hochwasserschutz. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Zeit, die grüne Brille abzulegen und der Wahrheit ins Auge zu blicken. Der angebliche ökologische Hochwasserschutz der GRÜNEN bleibt eine Farce. Hochwasserschutz ist nämlich Staatsaufgabe. Staatsaufgabe aber bedeutet nicht immer Dirigismus, teure Kardinalmaßnahmen oder mehr Personal und Bürokratie, wie das die GRÜNEN gerne hätten. Nein, Staatsaufgabe muss vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Die Aufgabe des Hochwasserschutzes muss in erster Linie vor Ort gedacht und auch umgesetzt werden. Regengüsse, wie wir sie in Bayern in diesem Jahr gesehen haben, zeigen die Lücke im kommunalen Hochwasserschutz sehr deutlich auf. Es wird Zeit, tatsächlich ernsthaft über echte Lösungsansätze zu sprechen, die auch Wirkung zeigen, Ansätze, die nicht aus weiteren Bürokratiemonstern grüner Art und Personalaufstockungen bestehen. Das sind immer die gleichen Rezepte. Meine Damen und Herren, wir brauchen direkte und unbürokratische Hilfen für unsere Heimatgemeinden.

Bayerische Gemeinden erhalten durch die derzeitigen Fördermittelstrukturen im Schnitt nur 9 Millionen Euro pro Jahr für den Hochwasserschutz an Gewässern 3. Ordnung. Genau die Gewässer 3. Ordnung waren im Mai/Juni das Problem. Meine Damen und Herren, diese Summe ist angesichts geschätzter Schäden in Milliardenhöhe ein Hohn. Deshalb müssen die Fördersätze für diese Maßnahmen drastisch erhöht werden, um den kommunalen Hochwasserschutz endlich ernst zu nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir von der AfD die Zeichen der Zeit klar erkannt. Mit unserem Antrag "Bayerische Gemeinden nicht im Regen stehen lassen! Fördersätze für kommunalen Hochwasserschutz anpassen!" Greifen wir genau den Kern dieser Problematik auf. Wir fordern eine ernsthafte finanzielle Unterstützung der Kommunen beim Hochwasserschutz. Anstatt so zu tun, als wäre mehr Bürokratie die Lösung, setzen wir auf reale Verbesserungen vor Ort, seien es erstens integraler Hochwasserschutz und Rückhaltekonzepte, zweitens die Ermittlung von Überschwemmungsgebiete-

ten, drittens Konzepte zum Sturzflutrisikomanagement, viertens die Sicherheitsüberprüfung kommunaler Stau- und Hochwasserschutzanlagen, fünftens der Bau von Hochwasserrückhaltebecken oder sechstens allgemeiner Gewässerausbau.

Sie, werte GRÜNE, tun so, als sollte man die Natur sich selbst überlassen. Wirtschaftliche Menschen haben dann in den Flussniederungen keinen Platz mehr. Für sie ist der technische Hochwasserschutz der böse Hochwasserschutz. Er soll zugunsten von Überschwemmungsflächen rückgebaut werden. Alles zurück auf Steinzeit. Es fehlt in Ihrem Antrag allerdings noch, dass Sie – und das ist ganz lustig – explizit den Sylvensteinspeicher im Oberlauf der Isar zurückbauen wollen. Sie haben ja gesagt, man müsste die großen Speicher zurückbauen und kleine Speicher bauen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Niemand hat das gesagt!)

Aber halt, da könnte ja Ihre eigene, grüne Klientel hier in München die Folgen solch menschengeschädlicher Hochwasserpolitik zu spüren bekommen, und dann würde der ganze Schwindel natürlich auffliegen.

Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen. Herr Kollege Hierneis, Sie haben gesagt, Dämme und Polder würden nur punktuell wirken. Das ist natürlich ein Quatsch. Genau diese Dinge werden gebaut, um Flächen zu schützen. Man muss keine Punkte in der Landschaft schützen, sondern man schützt immer Flächen, und das sind auch Flächen. Das zum Ersten.

Das Zweite, was Sie hier sagen, dass man nur 100-jährliche Hochwasser berücksichtigen müsse, ist genauso ein Quatsch. Wir können nicht 300- und 500-jährliche Hochwasser berücksichtigen, dann laufen die Kosten nämlich völlig aus dem Ruder.

Insofern: Sie haben im nächsten Unterausschuss – also in Kürze – die Möglichkeit zu beweisen, dass Ihnen Hochwasserschutz tatsächlich am Herzen liegt. Wir werden dann unseren Antrag vorstellen. Unsere Meinung zu dieser Thematik ist in jedem Fall,

dass es so ernst ist, dass auf die Kosten der Menschen zu achten ist und keine reine Klientelpolitik für Pflanzen, Tiere und unbewohnte Landschaften gemacht werden kann.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute zum Thema "Ökologischen Hochwasserschutz endlich voranbringen". Ich frage mich, was dieses Wort "endlich" in diesem Titel soll. Wir tun nämlich bereits all das.

Eines muss klar sein: Ein bebautes Gebiet kann man nie allein mit rein ökologischem Hochwasserschutz retten und vor Überschwemmungen bewahren; das funktioniert einfach nicht.

Wir haben mit dem Aktionsprogramm "PRO Gewässer 2030" eine Kombination geschaffen, die umfassend den Ansatz des ganzen Hochwasserrisikomanagements – bestehend aus Vorsorge, natürlichem Rückhalt und der Reaktivierung von natürlichen Rückhalteräumen durch Deichrückverlegungen – schafft. Das sind wichtige Bestandteile. Das Programm funktioniert bereits hervorragend, wie zum Beispiel an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.

Sie haben die Wiedervernässung der Moore angesprochen. Das ist ein wichtiger Punkt, ganz klar. Wir haben das Moorbauernprogramm geschaffen. Wir geben 3.300 Euro pro Hektar im KULAP, um zusammen mit den Landwirten und den Beteiligten vor Ort Moorflächen wiederzuvernässen.

Sie haben vorhin die Renaturierung angesprochen. Das machen wir bereits. Wir renaturieren beispielsweise Flächen am Lech. Hier ist das ganz große Projekt "Licca liber"

zu nennen. Es startet; die Planungen sind vorbei. Es geht Stück für Stück den Lech hinunter.

In der Landwirtschaft sind ein Punkt die schweren Maschinen. Ja, wir fahren halt nicht mehr mit einem kleinen Achttonner durch die Gegend, weil das auch nicht mehr wirtschaftlich ist. Es sind große Maschinen. Dafür gibt es aber auch größere Reifen. Größere Reifen bedeuten breitere Aufstandsflächen mit entsprechend wenig Druck auf den Boden. Es gibt ganz tolle Beispiele, die zeigen, dass die neuen landwirtschaftlichen Fahrzeuge weniger Bodendruck ausüben als Fahrzeuge vor 10, 20 oder 30 Jahren. Die Verdichtung ist dadurch deutlich geringer.

Sie wollen mehr Personal in den Wasserwirtschaftsämtern. Das wäre alles ganz schön und recht; doch Personal fliegt nicht vom Himmel. Auch in den Wasserwirtschaftsämtern herrscht Personalmangel.

Insgesamt sind wir von der Bayerischen Staatsregierung und das Umweltministerium auf einem sehr guten Weg, um den Hochwasserschutz voranzutreiben. Mir persönlich ist ganz wichtig, dass alle existierenden baureifen Projekte auch starten können. Mir ist wichtig, dass im Nachtragshaushalt die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden, damit diese Projekte starten können. Ansonsten müssen wir Stück für Stück den dezentralen Hochwasserschutz weiter ausbauen. Die Devise von uns FREIEN WÄHLERN war immer: dezentraler Hochwasserschutz. Es hätte uns in diesem Hochwasser Ende Mai, Anfang Juni massiv geholfen, wenn schon mehr Projekte fertig gebaut gewesen wären. Es gibt jetzt weitere Planungen. Es wurden auch ganz neue Flächen zum ersten Mal überschwemmt, die zuvor noch nie von Hochwasser betroffen waren. Wir müssen den Menschen beistehen. Als Bayerische Staatsregierung, als Regierungskoalition von CSU und FREIEN WÄHLERN tun wir das. Deswegen lehnen wir euren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Jetzt stehe nur noch ich hier zwischen uns und dem wohlverdienten Feierabend. Ich werde mich kurzfassen. Vielen lieben Dank dafür, dass wir trotz später Stunde noch die Demokratie hochhalten. Ein Applaus an euch. Volkmar, auch du bekommst einen Applaus.

Wir alle haben noch die Bilder des Pfingsthochwassers vor einigen Monaten vor Augen. Durch Starkregenereignisse stiegen innerhalb weniger Stunden kleine Bächelein, die normalerweise nur 30 Zentimeter hoch waren, auf über 5 Meter an und verursachten Sturzwellen; auch bei mir in Schwaben. Es war ein Jahrhunderthochwasser. Doch es gab seit dem Jahr 2002 schon sechs Jahrhunderthochwasser alleine in Deutschland: im Jahr 2002, 2005, 2013, 2021, Weihnachten 2023 und jetzt im Juni 2024. Wie viele Jahrhunderthochwasser brauchen wir in diesem Jahrhundert noch, um zu verstehen, dass präventive Maßnahmen im Naturschutz im Einklang mit den Menschen nicht nur unsere Umwelt und unser Klima retten können, –

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Kolleginnen und Kollegen, bitte halten Sie noch etwas durch.

Anna Rasehorn (SPD): – sondern auch noch günstiger sind als die Schäden, die das Hochwasser bringt?

Ja, in Bayern tun wir tatsächlich viel für den Hochwasserschutz, aber es dauert ehrlicherweise ein bisschen lang. Ich erinnere daran, dass die Bayerische Staatsregierung vor mehr als zwei Jahrzehnten, nach dem Beschluss des Baus von sieben großen Flutpoldern zum Schutz vor extremen Hochwassern erst zwei dieser Projekte verwirk-

licht hat. Im Jahr 1999 stand meine Heimatstadt Augsburg unter Wasser. Ich war damals sieben Jahre alt.

Damals haben wir uns zusammen auf den Weg gemacht, tatsächlich einen natürlichen Hochwasserschutz zu implementieren, indem wir die Wertach renaturiert haben. Wir befinden uns jetzt im letzten Bauabschnitt. Jetzt bin ich aber schon 33 Jahre alt, und mein Sohn wird in vier Jahren sieben. Liebe Leute, das dauert einfach leider viel, viel zu lange.

Bei dem Hochwasser haben wir auch gesehen, was passiert, wenn der Schwamm Allgäu durch den Regen vollgesogen ist, wenn der Naturschutz hier eben nicht mehr funktioniert und nicht mehr Wasser auffangen kann. Bayern war und muss wieder Moorland werden. Für die bayerische Natur sind die Moore ebenso charakteristisch wie unverzichtbar; denn sie sind nicht nur unser CO₂-Speicher wie unsere Wälder. 7 % der Treibhausgase in Deutschland entstehen durch entwässerte Moore. Moore sind auch Wasserspeicher. Ein Hektar Moorgebiet kann bis zu 5,6 Millionen Liter Hochwasser aufnehmen. Ein Kilogramm Torfmoos kann bis zu 30 Liter Wasser aufnehmen. Wir brauchen also mehr Mittel für den Moorschutz.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns auf der Zielgeraden. Ich halte es schon für angemessen, wenn Sie der Kollegin hier zuhören. Das betrifft alle Fraktionen, was man feststellt, wenn man genau hinhört. Also bitte, halten Sie sich jetzt noch ein paar Minuten zurück und lassen Sie die Kollegin in angemessener Weise reden. – Bitte schön.

Anna Rasehorn (SPD): Wie gesagt, es bin nur noch ich. – Wir hatten auch in den Haushaltsberatungen zum Beispiel mehr Moorschutz in den Staatswäldern angeregt. Was nicht ist, kann ja noch werden. Lasst es uns also gemeinsam angehen!

Ich habe in meiner Kindheit gelernt, dass man vor dem Zubettgehen etwas Nettes sagt. Deswegen möchte ich als letzte Rednerin FREIE WÄHLER und CSU loben; denn seit dem Hochwasser wurden tatsächlich gute Ideen angeregt. Ich erinnere zum Beispiel an das Digitalministerium, das mittlerweile kleine, KI-gestützte Messstände in den Bächen vorgesehen hat, damit wir wissen, wie schnell das Wasser kommt. Wir müssen aber tatsächlich auch mehr in den natürlichen Hochwasserschutz investieren. Lasst uns jetzt deswegen gemeinsam diesem Antrag zustimmen. Man kann auch noch etwas lernen, auch kurz vor dem Zubettgehen. Ich wünsche euch eine gute Nacht und eine gute Abstimmung.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin Rasehorn, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Wenn Sie sich alle noch zwei Minuten konzentrieren können, erteile ich dem Herrn Abgeordneten Florian Köhler von der AfD-Fraktion das Wort. – Bitte.

Florian Köhler (AfD): Frau Rasehorn, Sie haben uns heute alle als demokratische Fraktionen begrüßt und dies mehrfach betont. Das wurmt mich ein bisschen. Warum schließen Sie die GRÜNEN aus? Denn auch sie sind Teil des Hauses.

(Heiterkeit bei der AfD)

Anna Rasehorn (SPD): Ich habe alle demokratischen Fraktionen begrüßt. Wer sich angesprochen fühlt, darf sich angesprochen fühlen; wer nicht, der nicht. Das letzte Mal haben Sie sich beschwert, jetzt begrüßen Sie es. Vielleicht haben auch Sie eine Lernkurve. Man glaubt ja ans lebenslange Lernen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Wir sind erfreulicherweise am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:40 Uhr)